

Die Platzunion Zürich schlägt Alarm.

Bundeslöhne sind im Rückstand

In Zürich dreht sich bei den Bundesbetrieben die Spirale „Lohnrückstand-Rekrutierungsschwierigkeiten-Personalmangel-Kündigungen“ immer schneller. Die Platzunion Zürich ist stark beunruhigt über die sich weiter verschärfende Lage: Praktisch in allen Sparten herrscht Personalmangel, so dass Dienstleistungen und Bedienstete von PTT und SBB darunter leiden. Sie fordert Bundesrat und Parlament auf, rasch Massnahmen zugunsten des Bundespersonals zu treffen.

„Zusammen mit den vier zuständigen Kreisdirektionen müssen wir feststellen, dass die Personalknappheit und damit die Sicherstellung bestimmter Dienstleistungen den problematischen Stand Anfang der siebziger Jahre bald wieder erreicht hat“, sagte Rene Weber, Präsident der Platzunion des eidgenössischen Personals Zürich, kürzlich an einer Pressekonferenz. Der Grund: Die Arbeits- und Lohnverhältnisse stellen zusammen mit der prekären Lage am Wohnungsmarkt die Bundesbetriebe vor ausserordentliche Rekrutierungsschwierigkeiten. Der Bund ist am ausgetrockneten Arbeitsmarkt im Grossraum Zürich überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig. So schrieb die Fernmeldekreisdirektion Zürich auf Anfrage der Platzunion: „Unsere Lohnangebote entsprechen nicht mehr den Vorstellungen der Bewerber. Wir haben ebenfalls Austritte zu verzeichnen wegen lukrativeren Angeboten aus der Privatwirtschaft“. Die Kreispostdirektion Zürich antwortete unter anderem: „Im laufenden Jahr besonders beunruhigend ist der starke Anstieg der Abgänge wegen Stellenwechsels.“

Privatwirtschaft attraktiver

Mit eindrücklichen Zahlen und Beispielen wurde belegt, dass bei praktisch allen PIT- und SBB-Dienstzweigen in Zürich Personalmangel herrscht. Bei der Fernmeldekreisdirektion Zürich sind beispielsweise rund 300 Stellen (10 Prozent) nicht besetzt. Anstatt mit 322 Telefonistinnen musste der Zürcher Auskunftsdienst Nummer 111 am 1. Juli 1987 mit 302 auskommen. Davon waren etwa 40 Prozent Lehrtöchter, die zum Teil noch nicht im praktischen Einsatz standen. Bei der Post liegen die Abgänge zur Privatwirtschaft bis 100 Prozent höher als im Vorjahr. Meist liegt die Zahl der Abgänge über jener der Rekrutierungen. Von den 1207 Diensten für uniformierte Beamte der Sihlpost müssen über ein Viertel mit Aushilfskräften besetzt werden.

Gravierende Unterbestände

Nicht besser sieht es bei den SBB aus. Auch hier sind zum Teil gravierende Unterbestände und das Ansteigen der Überzeit-, Ruhetage- und Ferienguthaben zu verzeichnen. Zu oft kann der Betrieb nur mit ausserordentlichen Massnahmen aufrechterhalten werden. Beispielsweise mussten im Rangierdienst Zürich Haupt- und Vorbahnhof am letzten Juli-Wochenende 12 Bedienstete auf zugeteilte Freitage verzichten (bei einem Bestand von 131). Bei der neugeschaffenen SBB-Telefon Auskunft konnten bis heute noch nie alle 10 Arbeitsplätze besetzt werden. Die Kunden müssen deshalb lange Wartezeiten in Kauf nehmen, bis sie Auskunft erhalten. Trotz den Einsparungen mit dem Neukonzept Fahrausweiskontrolle fehlt Zugpersonal, und dessen Rekrutierung läuft überdurchschnittlich schlecht. Die SBB haben teilweise rigorose Massnahmen ergriffen. Unbezahlter Urlaub wird überhaupt nicht mehr gewährt, bezahlter nur zum Teil. Mitarbeiter, die in den Ruhestand treten, werden schriftlich angefragt, ob sie weiterarbeiten wollen. Dies sind nur zwei Beispiele.

Mindestens 5 Prozent

Die Platzunion Zürich, die rund 10'000 Mitglieder zählt, unterstützt deshalb die Forderungen des Föderativverbandes. Die Platzunion verlangt von Bundesrat und Parlament, dass die Revision der Ämterklassifikation, die Realloohnerhöhung und die Verbesserung beim Ortszuschlag mindestens 5 Prozent ausmachen und so rasch wie möglich in Kraft treten. Sollten diese Massnahmen verzögert werden, so müssten Sofortmassnahmen wie beispielsweise für Genf ergriffen werden. Die Platzunion, welche die Öffentlichkeit über die ungenügenden Anstellungsbedingungen des Bundespersonals und die daraus entstandene prekäre Personalsituation im Grossraum Zürich orientiert hat, will vorläufig von weiteren Aktionen wie Dienst nach Vorschrift, Demonstrationen usw. absehen.

SoAZ, 2.8.1987.

PTT-Union > Arbeitskräftemangel. SoAZ, 1987-08-02